



# BREAKING THE TABOO

Empowering health and social service professionals to  
combat violence against older women within families

## EMPFEHLUNGEN

### HINTERGRUNDINFORMATION

Das Projekt „Breaking the Taboo“ wurde von 2007 bis 2009 im Zuge des Daphne-II-Programms der Europäischen Kommission durchgeführt. Die Koordination erfolgte durch das Österreichische Rote Kreuz und das Projekt wurde von Partnern aus Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Italien, Polen und Portugal umgesetzt.

Die folgenden Empfehlungen basieren auf den Ergebnissen der zweijährigen Projektarbeit. Es wurde ein Überblick über nationale und internationale Literatur erstellt und es wurden qualitative Interviews mit MitarbeiterInnen aus dem Gesundheits- und Sozialbereich in vier Ländern und eine Befragung an Gesundheits- und Sozialeinrichtungen durchgeführt. Die Ergebnisse wurden bei einem internationalen ExpertInnenmeeting ausgetauscht. Auf dieser Grundlage wurden eine Broschüre für MitarbeiterInnen im Pflege- und Betreuungsbereich erstellt sowie Sensibilisierungsworkshops entwickelt und erprobt.

Der Schwerpunkt wurde in der Projektarbeit auf Gewalt gegen ältere Frauen gelegt:

- Zahlen zeigen uns, dass generell Frauen häufiger Opfer von Gewalt werden als Männer.
- Der Anteil an Frauen in der Altersgruppe ab 80 Jahren ist wesentlich höher als der der Männer.
- Mehrheitlich sind es Frauen, die die Pflege und Betreuung von Angehörigen übernehmen.
- Zudem tragen geschlechtsspezifische Rollen und gesellschaftliche Machtverhältnisse dazu bei, dass Frauen im Laufe ihres Lebens in verschiedenen Kontexten wie z. B. Familie oder Arbeitsmarkt unterschiedlich benachteiligt werden.

Der gesellschaftliche Umgang mit älteren Menschen an sich ist oft von Diskriminierung („Ageism“) geprägt. Bei der Wahrnehmung der verschiedenen Formen von Gewalt spielen auch kulturelle und soziale Hintergründe eine wesentliche Rolle, was bei der Planung und Durchführung von organisatorischen und strategischen Maßnahmen berücksichtigt werden sollte.





## EMPFOHLENE STRATEGIEN AUF ORGANISATIONSEBENE

- **Klare Organisationsstrategien entwickeln**  
Klare Standards und Richtlinien ermöglichen ein systematisches Vorgehen bei Fällen von Gewalt und unterstützen die MitarbeiterInnen im Umgang mit häuslicher Gewalt in Pflegebeziehungen.
- **Fort- und Weiterbildungsangebote für MitarbeiterInnen bereitstellen**  
Der Umgang mit der komplexen Problematik der Gewalt gegen ältere Menschen erfordert spezifisches Wissen und auch hohe Sozialkompetenz und Erfahrung. Entsprechende Schulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten sollten für freiwillige und hauptamtliche MitarbeiterInnen angeboten werden und vorrangig folgende Aspekte beinhalten: Sensibilisierung für das Erkennen von Gewaltsituationen, Identifizieren von Risikofaktoren und Möglichkeiten der Prävention. Sinnvoll ist es auch, den Erfahrungsaustausch zwischen BerufseinsteigerInnen und erfahrenen KollegInnen im Sinne eines Peer-Systems zu ermöglichen.
- **Geeignete Arbeitsbedingungen sicherstellen**  
Zur Früherkennung von Gewalt gegen ältere Frauen bzw. um präventive Maßnahmen setzen zu können, ist es erforderlich, dafür ausreichend Zeitressourcen in der Betreuungszeit zur Verfügung zu stellen. Geeignete Teamstrukturen zum Austausch und zur Besprechung schwieriger Fälle sollten geboten werden.
- **Multidisziplinäre Zusammenarbeit und Kommunikation ermöglichen**  
Die Zusammenarbeit von Organisationen des Gesundheits- und Sozialbereichs und des Gewaltschutzbereichs sollte verstärkt und weiter ausgebaut werden. Die Einrichtung von multidisziplinären Teams bestehend aus Freiwilligen, SozialarbeiterInnen, PsychiaterInnen, AllgemeinmedizinerInnen wie auch Pflege- und Betreuungskräften wird in allen Projektländern als wünschenswert bezeichnet.

## EMPFEHLUNGEN AUF GESELLSCHAFTLICHER EBENE

- **Bewusstsein schaffen**  
Das Aufbrechen des Tabus und die Anregung einer öffentlichen Diskussion zu diesem Thema ist die wichtigste Voraussetzung zur Verbesserung der Situation. Dies kann durch Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung wie Kampagnen gegen Gewalt gegen ältere Menschen geschehen. Spezifische Informationen über häusliche Gewalt gegen ältere Menschen können durch Schulungen, Broschüren, Websites etc. zugänglich gemacht werden. Ebenso ist es notwendig, das Bewusstsein älterer Menschen in Bezug auf Gewaltprävention zu stärken, beispielsweise durch Medien, das Internet, Seniorenclubs und -vereine, Bildungseinrichtungen oder Selbsthilfegruppen.
- **Präventions- und Früherkennungsaktivitäten verstärken**  
Besuchsdienste, Tageszentren, Schulungen und begleitende psycho-soziale Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige sind wesentliche Initiativen, um Gewalt in Pflegesituationen vorzubeugen. Systematische Früherkennung mithilfe eines adäquaten Beurteilungsinstrumentariums sollte durch MitarbeiterInnen von Gesundheits- und Sozialdiensten erfolgen, da sie oft die einzigen Personen außerhalb der Familie sind, die Zugang zu den von Gewalt betroffenen älteren Frauen haben. Eine weitere Möglichkeit wäre auch, in Spitälern, Ambulanzen oder bei AllgemeinmedizinerInnen eine entsprechende Fragestellung in die Anamnese aufzunehmen.

- **Bildung von Netzwerken initiieren**  
Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit innerhalb und zwischen Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, Gewalt- bzw. Opferschutzorganisationen sollen gefördert und unterstützt werden. Behörden – insbesondere auf lokaler Ebene – können dazu beitragen, indem sie gemeinsame Initiativen und Kooperationsprojekte ermöglichen.
- **Adäquate Strukturen schaffen**  
Bestehende Einrichtungen und Angebote für Opfer häuslicher Gewalt sind nicht immer auf die Bedürfnisse älterer Frauen zugeschnitten. Frauenhäuser sind beispielsweise gewöhnlich nicht für ältere Frauen oder Frauen mit Behinderungen ausgestattet. Aus diesem Grund müssen ältere Frauen vielfach anderswo Schutz suchen, meistens in Pflegeheimen, die ihrerseits oft nicht ausreichend für Opfer von Gewalt eingerichtet sind. Die Diskussion über flexible und innovative Lösungen muss daher verstärkt weitergeführt werden. Neue Konzepte und Methoden müssen entwickelt werden, die Angebotsstrukturen müssen den Bedürfnissen älterer Frauen angepasst werden, wie z. B. entsprechende Wohnmöglichkeiten für ältere Gewaltopfer bzw. die Integration spezieller Angebote in Pflegeheimen. Ein bislang in Österreich noch nicht geschaffener nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen würde die Realisierung adäquater Strukturen fördern.
- **Rechtliche Rahmenbedingungen verbessern**  
Obwohl in allen EU-Mitgliedsstaaten Gewaltschutzgesetze existieren, sind diese kaum auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten älterer Frauen ausgerichtet. Deshalb ist es notwendig, die rechtlichen Rahmenbedingungen dahingehend zu ändern und zu verbessern, um ausreichenden Schutz und Unterstützung auch für ältere Gewaltopfer zu gewährleisten.
- **Weitere Forschung anregen**  
Im Zuge der Projektarbeit wurde der Bedarf an Forschung im Bereich von Gewalt gegen ältere Frauen innerhalb der Familie sichtbar. So gibt es z. B. weder auf europäischer noch auf nationaler Ebene ausreichend repräsentative Daten über die Häufigkeit von Gewalt gegen ältere Frauen. Die meisten Statistiken nennen bei Gewalt gegen ältere Menschen eine Rate von bis zu zehn Prozent und vermuten eine hohe Dunkelziffer. Weiterführende qualitative und quantitative Forschung ist auch notwendig, um geeignete Beratungsmethoden und entsprechende Interventionsinstrumentarien entwickeln zu können.
- **Nachhaltige Finanzierung sichern**  
Die Bereitstellung ausreichender finanzieller Ressourcen sowie die politische Willensbildung auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene sind erforderlich, um angemessene Strategien zur Bekämpfung von Gewalt gegen ältere Menschen zu erarbeiten und zu realisieren. Durch geeignete Maßnahmen der Prävention sowie des Gewaltschutzes ist es möglich, den beträchtlichen Kosten entgegenzuwirken, die häusliche Gewalt für die gesamte Gesellschaft nach sich zieht.



## DIE FOLGENDEN AUTORINNEN TRUGEN ZU DIESEN EMPFEHLUNGEN BEI:

<p><b>ÖSTERREICH</b>          Österreichisches Rotes Kreuz   Claudia Gröschel, Charlotte Strümpel, Cornelia Hackl          Forschungsinstitut des Roten Kreuzes   Erentraud Lehner, Anna Schopf, Barbara Kuss</p>	 <p>AUSTRIAN RED CROSS          FORSCHUNGSINSTITUT          DES ROTEN KREUZES</p>
<p><b>BELGIEN</b>          LACHESIS, Office of Expertise on Ageing and Gender and Higher Institute for Family Sciences   Els Messelis          Flemish Reporting Point for Elder Abuse (co-funding organisation)   Gerd Callewaert</p>	 <p>LACHESIS          078 15 15 70</p>
<p><b>FINNLAND</b>          National Institute for Health and Welfare   Minna-Liisa Luoma, Christina Manderbacka</p>	 <p>NATIONAL INSTITUTE          FOR HEALTH AND WELFARE</p>
<p><b>FRANKREICH</b>          ISIS-France   Hannelore Jani Le-Bris</p>	 <p>ISIS          Institut für Soziale Infrastruktur</p>
<p><b>DEUTSCHLAND</b>          ISIS – Institut für Soziale Infrastruktur   Karin Stiehr, Constance Ohms</p>	 <p>ISIS          Institut für Soziale Infrastruktur</p>
<p><b>ITALIEN</b>          emmeerre S.p.A   Piero Lucchin, Barbara Arcari, Kai Leichsenring</p>	 <p>emmeerre          S.p.A.</p>
<p><b>POLEN</b>          Jagiellonian University Medical College, Department of Medical Sociology, Chair of Epidemiology and Preventive Medicine   Beata Tobiasz-Adamczyk, Barbara Wozniak, Monika Brzyska, Tomasz Ocekiewicz</p>	
<p><b>PORTUGAL</b>          CESIS – Centro de Estudos para a Intervenção Social   Isabel Baptista, Heloísa Perista</p>	 <p>CESIS          CENTRO DE ESTUDIOS          PARA A INTERVENÇÃO          SOCIAL</p>

### KONTAKT: FORSCHUNGSINSTITUT DES ROTEN KREUZES

Mag.<sup>a</sup> Anna Schopf  
 Tel.: 01/79 580-2427; E-Mail: [anna.schopf@w.rotekreuz.at](mailto:anna.schopf@w.rotekreuz.at)

### ÖSTERREICHISCHES ROTES KREUZ

Mag.<sup>a</sup> Charlotte Strümpel  
 Tel.: 01/58 900-128; E-Mail: [charlotte.struempel@rotekreuz.at](mailto:charlotte.struempel@rotekreuz.at)



Das Projekt „Breaking the Taboo“ wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Diese Empfehlungen geben nur die Ansichten der AutorInnen wieder; die Europäische Kommission kann nicht für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen verantwortlich gemacht werden. Der österreichische Part dieses Projekts wurde aus Mitteln der MA 57, Frauenabteilung der Stadt Wien, gefördert.